FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Langenfeld/Rhld.

Fraktion im Rat der Stadt Langenfeld FDP

Konrad-Adenauer Platz 1
40764 Langenfeld/Rhld.
Telefon: 02173/794-1040

E-Mail: Fraktion@fdp-langenfeld.de

24.11.2026

Pressemitteilung
Die FDP-Fraktion lehnt den vorgelegten Haushaltsentwurf ab

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Langenfeld lehnt den vorgelegten Haushaltsentwurf entschieden ab. Die Gründe dafür möchten wir im Folgenden erläutern.

Laut Haushaltsrede des Bürgermeisters fehlen in dem vorgelegten Haushaltsplan für die Jahre 2027, 2028 und 2029 jeweils 18 Millionen Euro für einen genehmigungsfähigen Haushalt. Der Bürgermeister hat bei der Haushaltseinbringung angekündigt, dass er und die Verwaltung keine Sparvorschläge machen würden. Allein auf Steuererhöhungen zu setzen, hält die FDP-Fraktion für den vollkommen falschen Weg.

Dabei wurden Vorschläge der FDP aus der Vergangenheit, wie beispielsweise die Zusammenlegung der Verwaltungen von VHS und Musikschule nicht umgesetzt und auch gar nicht erst geprüft. Hier könnten Doppelstrukturen abgebaut und Kosten eingespart werden. Auch eine Erhöhung der Personalkosten der Musikschule um mehr als 400.000 EURO wird ohne ernsthafte Konsolidierungsbemühungen in den Haushaltsplan übernommen.

Bevor wir Steuererhöhungen zustimmen können, erwarten wir von der Verwaltung ernstzunehmende Konsolidierungsbemühungen. Der immer wieder zitierte „Langenfelder Standard“ bei Pflichtaufgaben ist zu hinterfragen. Hier muss die Verwaltung darlegen, ob Pflichtaufgaben übererfüllt werden und ob durch eine Reduzierung des Standards gespart werden kann.

Aus unserer Sicht bietet auch der Stellenplan Möglichkeiten für Konsolidierungsbeiträge. So haben wir beispielsweise die Ausweitung des Stellenplans um eine Stelle im Bereich Klimaschutz – Wald und Forst als freiwillige Aufgabe abgelehnt. Diese Aufgabe übernimmt bereits seit Jahren der Revierförster der Betriebsgemeinschaft Wald + Holz.

Projekte sind in der aktuellen Haushaltssituation ebenfalls auf den Prüfstand zu stellen. So passt beispielsweise die Überplanung des Reusrather Platzes nicht in die aktuelle

Finanzlage. Das ist eines der Beispiele, die auch von sparwilligen Bürgern initiativ genannt wurden.

Bevor Steuersätze erhöht werden müssen, ist auch zu prüfen, ob andere Einnahmequellen erschlossen werden können. Hier ist aus Sicht der FDP-Fraktion der Frage nachzugehen, in welcher Höhe die Stadtsparkasse Langenfeld Ausschüttungen an ihren Träger vornehmen kann. Hierzu wird es von Seiten der FDP-Fraktion einen entsprechenden Antrag im folgenden Haupt- und Finanzausschuss geben.

Eine Erhöhung der Grundsteuer belastet Eigentümer ebenso wie Mieter. Sie trifft Familien, Senioren und Gewerbetreibende gleichermaßen und sie können sich nicht wehren. Der angestrebte bezahlbare Wohnraum rückt in immer weitere Ferne.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer ist ein gefährliches Signal an unsere Unternehmen. Gerade die Wirtschaft ist die Grundlage des Wohlstands unserer Stadt. Sinkende Gewerbesteuererträge stellen eines der Hauptprobleme dar. Die Antwort darauf darf nicht darin bestehen, Unternehmertum zusätzlich zu belasten, sondern Kosten zu senken.

Möglichkeiten gibt es unserer Ansicht nach genug.